

Grüne Weilrod nehmen Stellung zur Präsentation eines „ökologischen und ökonomischen“ Gewerbegebiets in Weilrod-Riedelbach

In der Vorstellung zu einem eventuell entstehenden neuen Gewerbegebiet in Weilrod-Riedelbach wurde dargestellt, wie ein solches möglichst ressourcenschonend geplant werden könnte. Dabei von einem „ökologischen“ Gewerbegebiet zu sprechen, halten wir für überzogen. Selbst wenn die Bebauung in Holzbauweise sowie mit begrünten Dächern und Zisternen ausgeführt würde, wird zusätzlicher Verkehr, der entweder durch Bad Camberg oder Esch oder Usingen führt (um nur einige Orte zu nennen), angezogen. Zudem wurde in der Vorstellung der Eindruck erweckt, dass mögliche Investoren gleich „mitgeliefert“ werden und kein Leerstand oder brachliegende Grundstücksflächen zu befürchten seien. Auf Nachfrage wurde diese Aussage allerdings revidiert.

Wir sind der Meinung, dass die Mitglieder der Gemeindevertretung zunächst überlegen müssen, ob ein neues Gewerbegebiet ökonomisch Sinn macht. Dazu benötigen wir zunächst die Abrechnung zum Gewerbegebiet Ensterwiesen. Wir erinnern uns, dass dort zuletzt die Grundstücke zu einem Dumpingpreis angeboten wurden, um überhaupt Kaufinteressenten zu finden. Somit hat die Gemeinde zwar auch das letzte Grundstück verkaufen können, damit aber klare Verluste eingefahren.

Außerdem sollte die Verwaltung berechnen, ob sich die Ansiedlung von neuen Firmen im Gewerbegebiet zumindest in Bezug auf die Gewerbesteuereinnahmen gelohnt hat. Die Einnahmen sollten dabei verglichen werden mit den Firmen, die Gewerbesteuer zahlen, sich aber nicht in einem Gewerbegebiet befinden. Erst wenn beide Zahlen bekannt sind, kann man darüber beraten, ob ein weiteres Gewerbegebiet sinnvoll ist oder nicht.

Wenn sich herausstellen sollte, dass unter diesen Kriterien ein weiteres Gewerbegebiet in Weilrod sinnvoll ist, muss die Gemeinde überlegen, ob es auf der vorgesehenen Fläche errichtet werden soll. Die vorangegangene Machbarkeitsstudie des Planungsbüros Schade zeigt erhebliches Konfliktpotenzial auf: so hat das Büro zum Beispiel die Böden in diesem Bereich als 1a (höchste Bewertung) mit Ernährungs- und Versorgungsfunktion eingestuft. Es wurde auch vermerkt, dass eine Existenzgefährdung landwirtschaftlicher Betriebe im Vorfeld geprüft werden soll.

Auch Belange des Artenschutzes dürfen nicht vernachlässigt werden und könnten laut Büro Schade mit dem Neubau stark gefährdet sein. Daher lehnt unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Vorhaben so, wie es bislang geplant ist, ab.